



Detailansicht des Registereintrags

Global Policy Forum Europe e.V.

Aktuell seit 04.11.2025 15:42:27

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R000663
Ersteintrag:	18.02.2022
Letzte Änderung:	04.11.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	26.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	<p>Adresse: Königstrasse 37a 53115 Bonn Deutschland</p> <p>Telefonnummer: +492289650510 E-Mail-Adressen: europe@globalpolicy.org Webseiten: www.globalpolicy.org www.2030agenda.de</p>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Öffentliche Zuwendungen, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

10.001 bis 20.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0,11

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Bodo Ellmers

Funktion: Geschäftsführender Vorstand

2. Dr. Michèle Roth-Dührkoop

Funktion: Schatzmeisterin

3. Dr. Klaus Schilder

Funktion: Vorstandsvorsitzender

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (5):

1. Bodo Ellmers

2. Karolin Seitz

3. Celia Sudhoff

4. Sarah Ganter

5. Bodo Ellmers

Gesamtzahl der Mitglieder:

40 Mitglieder am 24.06.2025, ausschließlich natürliche Personen

Mitgliedschaften (4):

1. Netzwerk Steuergerechtigkeit
2. CorA-Netzwerk für Unternehmenverantwortung
3. Treaty Alliance Deutschland
4. Deutsche Plattform für Globale Gesundheit

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (5):

Internationale Beziehungen; Menschenrechte; Entwicklungspolitik; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Das Global Policy Forum (GPF) ist ein unabhängiger politischer Think Tank, der die Aktivitäten der Vereinten Nationen und multilaterale Prozesse kritisch analysiert und darüber berichtet. Wir sind davon überzeugt, dass eine aktive Beteiligung der Zivilgesellschaft notwendig ist, um zwischenstaatliche Organisationen zu stärken und einen solidarischen Multilateralismus zu fördern, der auf dem Völkerrecht und der Charta der Vereinten Nationen basiert. Wir analysieren die Gestaltung globaler Politik und setzen uns für verstärkte Rechenschaftspflicht und Bürgerbeteiligung ein in Themenbereichen wie Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit,

Menschenrechte, Frieden und Sicherheit sowie internationales Recht. Globale Vereinbarungen, die auf den Menschenrechten und den Prinzipien sozialer Gerechtigkeit basieren, gehören zu den wichtigsten Instrumenten, um Fremdenfeindlichkeit, Autoritarismus und nationale Alleingänge zu bekämpfen. GPF beobachtet UN-Verhandlungen und -Prozesse, betreibt Quellenforschung und bietet eine breite Palette von Veröffentlichungen, die Reports, Briefings, Präsentationen und soziale Medien umfasst. Mit ihnen richten wir uns auch unmittelbar an Politikerinnen und Politiker, insbesondere Mitglieder des Deutschen Bundestages und Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung. Zudem werden Austausch- und Informationsveranstaltungen organisiert, zu denen auch Mitglieder des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung eingeladen werden. Wir spielen zudem eine aktive Rolle in zivilgesellschaftlichen Netzwerken und Bündnissen, die sich mit ihren Stellungnahmen ebenfalls an Mitglieder des Deutschen Bundestages und Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung wenden. Schwerpunktthemen von GPF sind die 2030 Agenda und die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs), Entwicklungsfinanzierung, internationale Steuergerechtigkeit, die Reform der Vereinten Nationen sowie Wirtschaft und Menschenrechte.

Konkrete Regelungsvorhaben (1)

1. **Einführung eines Abkommens der Vereinten Nationen zu Wirtschaft und Menschenrechten (UN-Treaty)**

Beschreibung:

Über das UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten wird seit 2014 im UN-Menschenrechtsrat verhandelt (<https://www.ohchr.org/en/business-and-human-rights/bhr-treaty-process>). Es zielt auf den weltweiten Schutz vor menschenrechtsverletzendem Handeln von Wirtschaftsunternehmen. Das Global Policy Forum setzt sich dafür ein, dass die Bundesregierung sich aktiv und befürwortend an den Verhandlungen beteiligt und sich im Europäischen Rat dafür einsetzt, dass die EU ein Mandat für die aktive und befürwortende Teilnahme an diesen Verhandlungen erhält. GPF setzt sich insbesondere dafür ein, dass die Bundesregierung ein Abkommen unterstützt, das Betroffenen sicher und einfach den Rechtsweg ermöglicht und alle Unternehmen inklusive der Finanz- und Versicherungsbranche einschließt.

Interessenbereiche:

Menschenrechte [[alle RV hierzu](#)]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (2):

1. Engagement Global gGmbH

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Bonn

Betrag: 60.001 bis 70.000 Euro

Bildungs- und Informationsarbeit zur Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und der SDGs in Deutschland

2. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Eschborn

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Monitoring und Analysen im Rahmen des Projektes Nachhaltige Entwicklungsförderung

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

280.001 bis 290.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (5):

1. Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Fördermittel für das Projekt "Halbzeit bei der SDG-Umsetzung. Informations- und Bildungsarbeit zur Agenda 2030 in Deutschland"

2. Misereor

Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro

Fördermittel für die Projekte "Mehr und bessere Entwicklungsförderung für die zweite Halbzeit der Agenda 2030" und "Gegen-Lobby für Zukunftsgerechtigkeit"

3. Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.

Betrag: 130.001 bis 140.000 Euro

Fördermittel für die Projekte "Lobbyarbeit für Zukunftsgerechtigkeit", "Mehr und bessere Entwicklungsförderung für die zweite Halbzeit der Agenda 2030" und International Financial Architecture Reforms

4. Rosa Luxemburg Stiftung

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

Fördermittel für das Projekt "Unternehmensverantwortung in den Vereinten Nationen 2024 - Begleitung des UN-Prozesses zu einem verbindlichen Abkommen über Wirtschaft und Menschenrechte"

5. Friedrich Ebert Stiftung

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

Fördermittel für das Projekt "Global Civil Society Report IFA Reform"

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

1 bis 10.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[GPF-Europe-Jahresbericht_2024.pdf](#)

Eigener Verhaltenskodex

[GPF-Europe-Verhaltenskodex-2024.pdf](#)